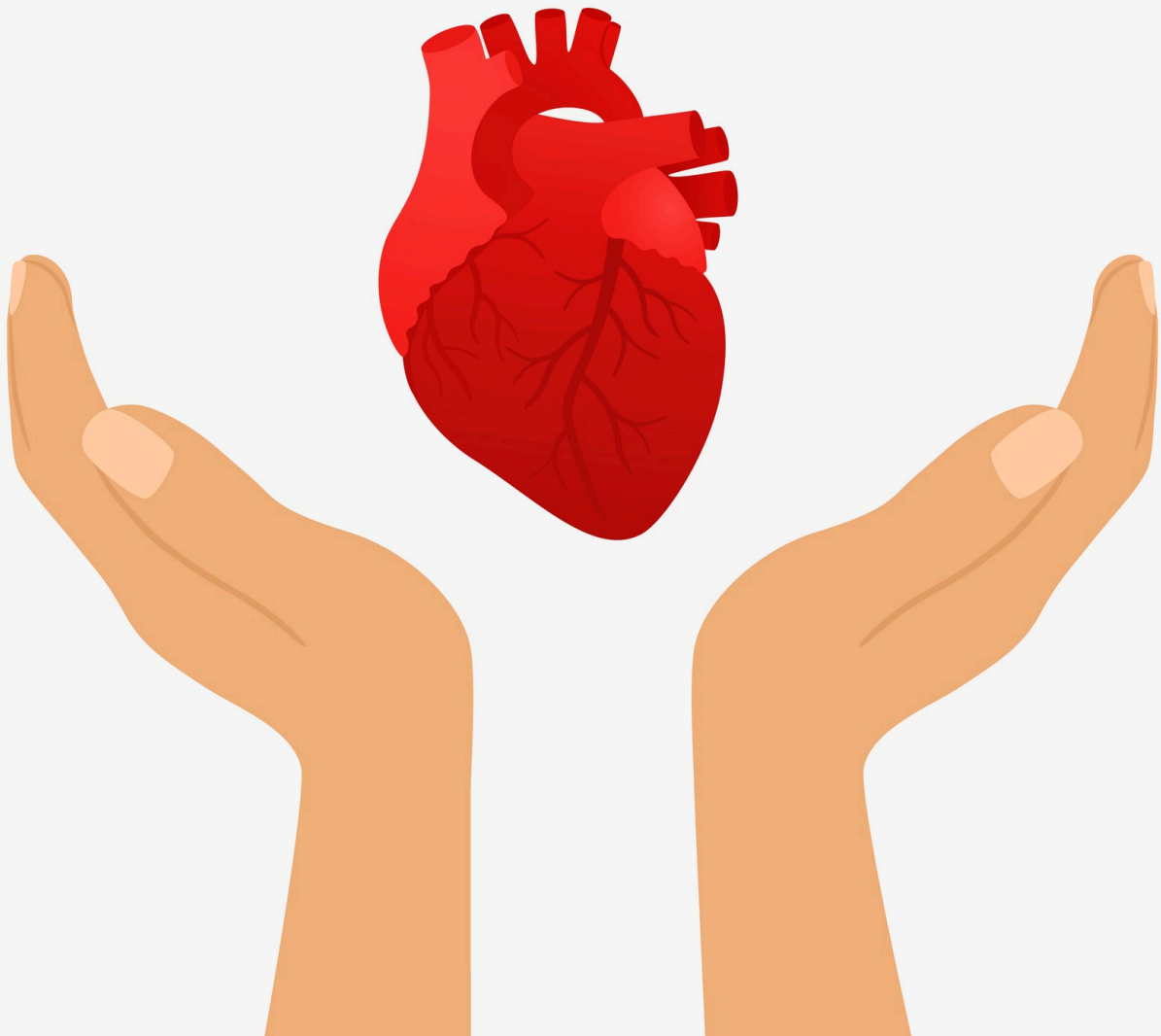


PRESSEMITTEILUNGEN 15.09.2026

Organspende: Chirurgieverband begrüßt Aussicht auf parlamentarische Entscheidung für die Widerspruchslösung – medizinische Expertise früher in Gesetzgebung einbinden



Berlin, den 15.09.2026 – Der Berufsverband der Deutschen Chirurgie e.V. (BDC) begrüßt, dass sich im Herbst eine Abstimmung über die Widerspruchslösung im Deutschen Bundestag mit der erforderlichen Mehrheit abzeichnet. Zugleich fordert der Verband die Parlamentarier auf, die noch ausstehenden Schritte entschlossen voranzutreiben und die Entscheidung zügig herbeizuführen.

Der chirurgische Berufsverband setzt sich klar für die Einführung der parlamentarisch schon seit den 70er Jahren beratenen Widerspruchslösung ein. „Die Aussicht auf eine positive Abstimmung ist ein wichtiger Impuls. Und wir bauen darauf, dass das Parlament für die Widerspruchslösung stimmen wird. Für Menschen, die auf ein Spenderorgan warten, ist diese Entscheidung lebenswichtig“, erklärt BDC-Präsident Professor Dietmar Pennig.

Dass sich der ethisch komplexe Entscheidungsprozess bereits über Jahre hinzieht, kritisiert der Verband als symptomatisch für eine Gesundheitspolitik, die drängende Probleme in der Versorgung zum Teil zwar erkenne, wegweisende Entscheidungen aber zu lange hinziehen lasse. Wie akut der Handlungsbedarf bleibt, zeigen die Organspendezahlen: Nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation haben 2025 in Deutschland 985 Menschen nach ihrem Tod Organe gespendet. Ende des Jahres standen weiterhin rund 8.200 Menschen auf der Warteliste für ein Spenderorgan. „Wir bekommen das Leid der Menschen, die auf ein Spenderorgan warten, in den Kliniken hautnah mit. Als Chirurginnen und

Chirurgen können wir es lindern, brauchen aber dafür die entsprechenden Instrumente und Voraussetzungen. Nach Jahren der Überlegungen muss die Politik nun Verantwortung übernehmen und die Prozesse endlich vorantreiben, um die Versorgung mit lebensrettenden Spenderorganen zu verbessern", so Pennig.

Der Verband bekräftigt zugleich seine Forderung, ärztliche Berufsverbände als Berater und Fachexperten bereits beim Entwurf von Gesetzen beziehungsweise bei deren Anpassung einzubeziehen. Gesundheitspolitik berühre die Menschen in Deutschland in herausragender Weise. Pennig dazu: „Entscheidungen können so fundierter und schneller getroffen werden, zum Wohle der Gesundheit der Menschen. Wir stehen für fachlichen Austausch mit der unabhängigen Kompetenz unseres Verbands jederzeit bereit.“